



Basels starke Alternative

Basta
Postfach
4005 Basel

Tel/Fax 061 691 16 31
www. basta-bs.ch

Basel, 10. Dezember 2004

Medienmitteilung

Parolen zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 27.02.05

Basta! hat an der gestrigen Mitgliederversammlung im Hinblick auf die Abstimmungsvorlagen vom 27. Februar 2005 folgende Parolen beschlossen:

1. Ja zur Änderung der Zonenzuweisung im Gebiet Erlenmatt. Für das Projekt Erlenmatt sprechen der frühzeitige Einbezug der Quartiersbevölkerung, des Gewerbes und der Umweltschutzverbände in die Planung, die grosszügigen Grünflächen, die gemischte Nutzung sowie die moderate Dichte der Überbauung. In der Erlenmatt könnte ein neues urbanes Quartier entstehen mit positiver Ausstrahlung auch ins übrige Kleinbasel. Kritische Punkte sind das geplante Hochhaus sowie die Verkehrsführung auf dem Riehenring, der im heutigen Zustand als eigentlicher Riegel wirkt, der die Erlenmatt vom übrigen Kleinbasel abschneidet.

2. Zweimal Nein zum Organisationsgesetz der BVB und zum ÖV-Gesetz. Die Auslagerung der BVB ist ein politischer Unsinn und bedeutete einen verkehrspolitischen Rückschritt. Nicht nur würde die demokratische Kontrolle über einen so wichtigen Bereich wie denjenigen des öffentlichen Verkehrs massiv beschnitten, es ist auch zu befürchten – und Erfahrungen aus andern Schweizer Städten untermauern diese Befürchtung –, dass die Auslagerung nur der erste Schritt zur Privatisierung ist. Die Folgen sind absehbar: Lohndumping, Ausdünnung „unrentabler“ Linien, Qualitätseinbussen. Wir brauchen im öffentlichen Verkehr nicht Konkurrenz und Profitmaximierung, sondern sinnvolle verkehrspolitische Konzepte und den politischen Willen, diese auch umzusetzen.

Das ÖV- Gesetz, ein NPM-Gesetz in Reinkultur, bringt Verschlechterungen zu den bisherigen Bestimmungen im Umweltschutzgesetz. Der ÖV wird neu nur noch gleich und nicht mehr bevorzugt gegenüber dem motorisierten Privatverkehr behandelt. Zudem ist die Förderung des Flugverkehrs Bestandteil des neuen Gesetzes.

3. Stimmfreigabe beim Gastgewerbegesetz. In einer ersten Abstimmung sprach sich zwar eine Mehrheit der anwesenden Mitglieder gegen das Gesetz aus, doch war der Anteil der Ja-Stimmen und der Enthaltungen derart hoch, dass die Mitgliederversammlung auf Antrag Stimmfreigabe beschloss. Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage befürchteten, dass Basel mit der Wiedereinführung der Polizeistunde weniger farbig, weniger attraktiv und kulturell ärmer wird. Die Befürworterinnen und Befürworter hielten dem entgegen, dass es vor allem in Wohnquartieren ein berechtigtes Bedürfnis nach Nachtruhe gebe. Unbestritten waren die Abschaffung der Gastgewerbesteuer und die Überführung der Wirteprüfung in die Verantwortung des Kantons.